



Niederschrift

2. Plenarsitzung des Gemeinderates
24. September 2019, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

9.

Punkt 11 der Tagesordnung: Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit Vorhaben- und Erschließungsplan „Wohnen am Fasanengarten westlich der Parkstraße“, Karlsruhe-Oststadt:

Satzungsbeschluss gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB)

Vorlage: 2019/0780

dazu:

Antrag auf Absetzung

Antrag: KAL/Die PARTEI

Vorlage: 2019/0917

Antrag auf Absetzung

Ergänzungsantrag: DIE LINKE.

Vorlage: 2019/0920

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt:

1. Die zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Wohnen am Fasanengarten westlich der Parkstraße“, Karlsruhe-Oststadt (zur Fassung 5. Februar 2019 sowie zur Fassung vom 15. Mai 2019) vorgetragenen Anregungen bleiben nach Maßgabe des vorliegenden Planentwurfes vom 4. Mai 2017 in der Fassung vom 15. Mai 2019 und den ergänzenden Erläuterungen zu diesem Beschluss unberücksichtigt.

Das Bürgermeisteramt wird beauftragt, den Betroffenen das Ergebnis der Entscheidung mitzuteilen.

2. folgende

S a t z u n g

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit Vorhaben- und Erschließungsplan
„Wohnen am Fasanengarten westlich der Parkstraße“, Karlsruhe-Oststadt**

Der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe hat aufgrund § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I, S. 3634) und § 74 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung vom 5. März 2010 (GBl. S. 358, ber. S. 416) in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in der Fassung vom 24. Juli 2000 (GBl. S. 581, ber. S. 698) jeweils einschließlich späterer Änderungen und Ergänzungen den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Wohnen am Fasanengarten westlich der Parkstraße“, Karlsruhe-Oststadt, gemeinsam mit den örtlichen Bauvorschriften jeweils als Satzung beschlossen.

Der Bebauungsplan enthält zeichnerische und schriftliche Festsetzungen gemäß § 9 BauGB. Gegenstand des Bebauungsplanes sind zudem örtliche Bauvorschriften gemäß § 74 Abs. 1 bis 5 in Verbindung mit § 74 Abs. 7 LBO, die als selbstständige Satzung mit dem Bebauungsplan verbunden sind. Die Regelungen ergeben sich aus der Planzeichnung mit Zeichenerklärung sowie aus dem Textteil jeweils vom 4. Mai 2017 in der Fassung vom 15. Mai 2019, die Bestandteil dieser Satzung sind. Dem Bebauungsplan ist ferner eine Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB beigefügt.

Die Satzungen über die planungsrechtlichen Festsetzungen und die örtlichen Bauvorschriften (Bebauungsplan) treten mit dem Tag der Bekanntmachung in Kraft (§ 10 BauGB, § 74 Abs. 7 LBO).

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: Bei 34 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zugestimmt.

Antrag KAL/Die PARTEI: Bei 9 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ergänzungsantrag DIE LINKE: Bei 10 Ja-Stimmen und 32 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 11 zur Behandlung auf:

Da gibt es zwei Anträge, die aus unserer Sicht als Geschäftsordnungsanträge auf Absetzung zu bewerten sind. In einem Antrag der KAL/Die PARTEI wird begehrt, diesen Beschluss erst dann zur Abstimmung zu stellen, wenn das Petitionsverfahren abgeschlossen ist. Beim Antrag der LINKEN geht es auch darum, es abzusetzen und vorher einen runden Tisch einzuberufen mit den Betroffenen.

Ich würde jetzt diese beiden Anträge auf Absetzung, bevor wir uns eventuell mit der Thematik beschäftigen, zur Abstimmung stellen. Für mich ist die Frage, ob ich die gemeinsam aufrufen kann. Das ist eine Frage an die Antragsteller. Es geht letztendlich um einen Absetzungsantrag mit unterschiedlicher Perspektive. Ich kann sie aber auch hintereinander aufrufen, weil sie mit unterschiedlichen Bedingungen verknüpft sind.

Dann wird dem so zugewinkt. Dann würde ich von der Reihenfolge jetzt den Antrag von KAL/Die PARTEI aufrufen, Absetzung bis zum Abschluss des Petitionsverfahrens.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Natürlich ist das Prozedere in den gemeinderätlichen Gremien seinen normalen Weg gegangen. Von daher kann man sagen, es ist folgerichtig, dass wir heute die Entscheidung treffen. Aber wenn man den Punkt verfolgt hat in den letzten Jahren, ist es doch so, dass vor allem die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner vor Ort, aber auch darüber hinaus, sich nicht wirklich vom Karlsruher Gemeinderat und von der Verwaltung ausreichend mit ihrem Thema beschäftigt fühlen. Sie haben nicht den Eindruck, dass wir uns um ihre Sorgen und Nöte kümmern. Ich denke, es ist ein sehr guter Schritt, ein demokratischer, ein bürgerschaftlicher Schritt, dass die dann angefangen haben, Unterschriften zu sammeln. Ihnen sind an die Tausend Unterschriften überreicht worden, Herr Oberbürgermeister. Darüber hinaus haben die Betroffenen eine Petition auf den Weg gebracht im Landtag von Baden-Württemberg. Das ist in unseren Augen ein großes Engagement, was an sich in sogenannten Sonntagsreden immer eingefordert wird von der Politik. Aber wenn es dann konkret wird, dann lässt man sich nicht wirklich auf dieses Engagement ein. Draußen kommt es natürlich so an, auch wenn Sie jetzt formal etwas anderes sagen werden. Draußen entsteht der Eindruck, wir haben eine Petition auf den Weg gebracht, die wird behandelt vom Landtag. Dann kommt der Karlsruher Gemeinderat, und bevor überhaupt ein Ergebnis kommt, werden hier Fakten geschaffen. Letztendlich lässt das die Petition – so ist der Eindruck der Bürgerschaft draußen – ins Leere laufen. Das wird draußen nicht verstanden. Man muss sich nicht wundern, wenn die Politikverdrossenheit immer größer wird, was man überall landauf, landab sieht mit entsprechenden Wahlergebnissen. Von daher müssen wir heute diesen Satzungsbeschluss noch einmal stoppen und abwarten, bis der Petitionsausschuss eine Antwort gegeben hat.

Der Vorsitzende: Ich würde jetzt formal die Gegenrede stellen und Ihnen empfehlen, den Antrag abzulehnen. Wir haben uns auch – das war gestern die Diskussion – noch einmal beim Land erkundigt. Dort sind wir weiter eigenständig für unsere Verfahrensschritte zuständig. Es erwartet keiner, dass wir jetzt inne halten, bis der Petitionsausschuss entschieden hat. Der Petitionsausschuss untersucht, ob wir irgendwelche Verfahrensfehler gemacht haben. Die würden sich natürlich dann, wenn der Petitionsausschuss entschieden hat, entsprechend gravierend auswirken. Aber wir sind durch die Petition jetzt nicht aufgefordert, das Verfahren zu stoppen.

Insofern würde ich jetzt über diesen Geschäftsordnungsantrag, es wegen des Petitionsverfahrens zu vertagen, abstimmen lassen. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Dann rufe ich den Geschäftsordnungsantrag der LINKEN auf, der begehrt, dass wir das Thema absetzen, bis es in einem weiteren runden Tisch noch einmal mit den Anwohnerinnen und Anwohnern besprochen worden ist.

Frau Göttel (DIE LINKE.): Diese Petition und auch das Echo in der Presse und die Rückmeldungen zeigen, dass es offensichtlich noch einen sehr großen Gesprächsbedarf gibt, der bisher noch nicht gelöst worden ist. Deswegen unser Antrag, unabhängig von der Erfolgsaussicht dieser Petition, ein Forum einzuberufen in Form eines runden Tisches, damit die Akteure noch einmal zusammenkommen, ihre Anliegen aussprechen können und damit sie bei der ganzen Sache in eine gemeinsame konstruktive Lösung eingebunden werden, die dann auch am Ende zu einer größeren Akzeptanz dieses Projektes führt.

Stadtrat Zeh (SPD): Das finde ich jetzt durchaus interessant. Frau Göttel, Sie sind Architekturstudentin, haben auch letzte Woche im Planungsausschuss das Verfahren kennege-

lernt. Das bedeutet, was Sie haben wollen, ist eine Veränderung des Satzungsbeschlusses. Die Runden komplett noch einmal zu drehen, komplett noch einmal fünf Jahre Verzögerung machen, letztendlich einen komplett neuen vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufzustellen, das heißt eine Verhinderung von preiswertem Wohnungsbau. Ich finde es interessant, dass das der erste LINKE-Antrag ist. Dem können wir aber auf jeden Fall nicht zustimmen. Wir sind für preiswerten Wohnraum. Es sind genügend Gespräche geführt worden. Deshalb empfehle ich Ablehnung.

Der Vorsitzende: Wir kommen damit zur Abstimmung. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Damit bleibt der Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung. Wir steigen in die Beratung ein, Vorhabenbezogener Bebauungsplan, Satzungsbeschluss. Entsprechend der Kultur, die wir ursprünglich einmal vereinbart hatten, würden wir jetzt kurz das Projekt noch einmal vorstellen.

Frau Dederer (Stadtplanungsamt; powerpointunterstützt): Ich darf Ihnen das Projekt kurz vorstellen. Es ist in der Tat schon umfangreich diskutiert worden in der Öffentlichkeit. Wir haben natürlich alle formalen Schritte eingehalten, frühzeitige Beteiligung, formale Offenlage mit der einmonatigen Frist, auch Anregungen vorzutragen. Wir waren in mehreren Gesprächen mit der Hardtwaldsiedlung, die auch noch einmal auf ihre Genossenschaftsmitglieder zugegangen ist und auch dort das Projekt erläutert und diskutiert hat. Wir waren mehrfach im Gestaltungsbeirat. Wir hatten mehrfache Schritte mit dem Denkmalschutz und haben auch da das Projekt sehr fein austariert. Von dem her ist unsere Meinung, dass ich Ihnen jetzt ein sehr gelungenes Projekt vorstellen kann zur Nachverdichtung.

Sie alle wissen, es befindet sich in der Oststadt, südlich der Straße Am Fasanengarten, innerhalb eines Blocks gelegen. Beim Luftbild sehen Sie noch einmal den Garagenhof, der in Teilen denkmalgeschützt ist. Sie sehen hinten angrenzend Gärten. In dem Bereich sind Gartenanlagen von den Genossenschaftsmitgliedern. Auch hier greifen wir ein. Das haben wir nie verhöhnt. Wir sind dennoch der Meinung, dass wir Ihnen eine gelungene Planung vorstellen können. Wir schaffen es, hier 65 Wohneinheiten vorzusehen. Es sind vor allem Zweizimmerwohnungen, zum Teil auch Dreizimmerwohnungen. Das Ganze ist seniorengerecht ausgebaut. Es ist bezahlbarer Wohnraum. Es wird insbesondere den Mitgliedern der Hardtwaldsiedlung angeboten. So können dann auch die vorherigen Wohnungen der Mitglieder wieder für große Familien zur Verfügung gestellt werden. Eigentlich ist es das Idealbild, das man sich wünscht, dass große Wohnungen, die von ihren Mietern gar nicht mehr in der Form genutzt werden, freigemacht werden können durch ein attraktives Angebot vor Ort. Die Wohnungen sind alle mit Aufzug an die Tiefgarage angeschlossen. Die Tiefgarage ist so angelegt, dass sie direkt unter der zentralen Erschließungsachse, also dem oberirdischen Wegekonzept, liegt. Man kann von der Wohnung direkt runterfahren. Es ist eine direkte Verbindung da. Wir gehen davon aus, dass aber die seniorengerechten Wohnungen gar nicht zwingend alle Stellplätze für sich selbst benötigen, so dass wir sogar eine Entlastung des Parkdrucks im Umfeld damit anbieten können. Das sind die zentralen Kennziffern.

Sie sehen auch noch einmal auf dem Luftbild, wie sich die Planung in den vorhandenen Block einfügt. Es war eine Auflage des Denkmalschutzes, dass es niedriger ist als der um-

liegende Block. Es gab tatsächlich sehr viele verschiedene Varianten, durchaus auch mit Hochpunkten im inneren Bereich, was vielleicht eine geringfügige Reduzierung der in Anspruch genommenen Freifläche bedeutet hätte, aber natürlich auch eine ganz andere Art des Schattenwurfs und auch eine Art des Miteinanders mit dem vorhandenen Blockrand.

Thema Klima, Durchlüftung. Das ist auch in der Petition angesprochen worden. Wir haben hier oben einen großen Durchlass nach Norden. Im vorherigen Luftbild haben Sie vielleicht auch gesehen, dass nördlich der Straße auf der einen Seite schon ein Gebäude steht. So ganz unbeeinträchtigt war die Belüftung auch im Vorfeld nicht. Auf der anderen Seite ist ein leider komplett versiegelter Stellplatz, der im Sommer mit Sicherheit auch zu einer Hitzeentwicklung beigetragen hat. Aus unseren internen klimatischen Modellierungen, die wir noch einmal über das Vorhaben haben laufen lassen, gibt es keine nachweislichen Beeinträchtigungen.

So sieht es aus in den Ansichten. Hier sehen Sie noch einmal, was ich gerade eben erläutert habe, diese Abstände, die da sind. Das ist jetzt der hohe Blockrand im Norden, der immer noch niedriger ist als der Rand, der im Westen liegt. Hinten dran liegen dann die zweieinhalbgeschossigen Gebäude, die sich deutlich dem Bestand unterordnen. Von dem her können wir Ihnen heute guten Gewissens den Beschluss zu der Satzung empfehlen. Die Petition ist so gelagert, dass der Petitionsausschuss sich nicht in die kommunale Planungshoheit einmischen möchte. Inhaltlich liegt die Schaffung dieses Baurechts voll bei Ihnen. Der Petitionsausschuss würde sich inhaltlich dem Votum des Gemeinderates anschließen und Sie in Ihrer Planungshoheit, die Sie haben, unterstützen.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Das ist ein langer Prozess, der jetzt zu einem Ende kommt. Dabei wurden auch die Bürger sehr viel beteiligt. Ich war selbst bei Veranstaltungen dabei. Unsere Fraktion hat sich mit der Geschäftsführung der Genossenschaft unterhalten. Ich habe ich mich den Anwohnerinnen und Anwohnern gestellt, als die extra noch einmal dazu eingeladen haben, wurde wüst beschimpft, aber habe das alles hingenommen und mich sehr genau informiert über das, was nun vorgesehen ist.

Wir hätten uns mehr Fassadenbegrünung gewünscht. Das sage ich ganz offen. Da kann ich nur an die Genossenschaft appellieren, mehr zu tun als im Bebauungsplan vorgeschrieben ist. Denn mehr tun darf man immer. Es ist nur vorgesehen für Wände, die nicht gegliedert sind. Aber das gibt es gar nicht. Da sind überall Fenster drin. Aber das kann die Genossenschaft noch richten. Wir können sehr gut verstehen, dass diejenigen, die in den äußeren Häusern wohnen, natürlich lieber auf etwas Grünes schauen und auch ihren eigenen Garten sehr gerne gehabt und das auch genossen haben. Wir müssen aber auch darauf schauen, dass es eine ganze Menge von Karlsruhern und Karlsruherinnen gibt, die im Moment händeringend eine Wohnung suchen. Die Vormerkliste der Volkswohnung ist ellenlang. Hier werden günstige Wohnungen geschaffen. Es wurde gesagt, es werden barrierearme bis barrierefreie Wohnungen geschaffen, genau das, was gesucht wird. Das kann da untergebracht werden. Die bisherigen Bewohnerinnen und Bewohner haben immer noch ihren Freiraum. Das haben wir auch gesehen. Die haben weiterhin ihre eigenen Gärten, nur eben direkt am Haus. Die neuen Häuser sind auch wieder von Gärten umgeben. Insofern wird anschließend immer noch sehr viel Grün sein. Auch wenn ein Teil des Grüns dann auf die Dächer wandert und von unten nicht mehr zu sehen ist. Aber sowohl kleinklimatisch ist es kein wesentlicher Eingriff, auch deswegen, weil an der nördlichen Seite ein Durchbruch

vom Gestaltungsbeirat durchgebracht wurde, als auch globalklimatisch, weil immer noch viel Grün bleibt. Wir glauben, dass das vertretbar ist.

Die Alternative dazu, hier diese Häuser unterzubringen, wäre, einen neuen Stadtteil außerhalb von Karlsruhe zu bauen. Das wollen wir, wenn immer möglich, vermeiden, weil da neue Straßen gebaut werden müssten, neue Schulen und Kindergärten, was alles zusätzlichen Platz einnimmt, während all das hier vorhanden ist. Hier muss keine einzige wirkliche Straße neu gebaut werden. Das sind ganz kleine Wohnsträßchen, die zwischen den Häusern sind, die normalerweise nicht mit Autos befahren werden.

Die Hardtwaldsiedlung ist auch eine der Guten unter den Immobilienbesitzern. Auch daher wollen wir die besonders unterstützen. In der Abwägung sind wir uns ganz sicher, dass wir die richtige Entscheidung fällen, wenn wir heute zustimmen. Deshalb meinen wir auch, dass wir die Petition nicht abwarten müssen. Denn das Land würde sich nur einmischen, wenn hier offensichtlich etwas falsch gemacht wurde. Das sehen wir überhaupt nicht. Insofern wollen wir nicht auf die Petition warten und wollen auch nicht zusätzliche Bürgerbeteiligung, weil die Bürger wirklich sehr intensiv beteiligt wurden. Wir kennen deren Wünsche. Aber wir müssen im Interesse der Gesamtstadt entscheiden. Da ist das jetzt der richtige Zeitpunkt.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Es hat schon einen Vorteil, wenn man erst als zweiter drankommt. Da kann man sich nämlich manchmal, wenn Vernünftiges vorher gesagt wurde, darauf beziehen. Das ist so ein überraschender Fall heute. Insofern möchte ich vielleicht eines sagen: Wenn nicht dieses Projekt, welches andere wäre geeignet für eine Innenentwicklung? Wer hat jetzt noch ernsthafte Zweifel, wenn er nicht irgendwo um irgendeine Stimme buhlt da außen am Rand? Das kann nicht wahr sein. Wir haben hier in sieben verschiedenen Verfahrensschritten dargelegt bekommen, dass die Diskussion auch innerhalb dieser Wohnbaugemeinschaft außerordentlich gründlich ist. Da bestehen wechselseitige Interessen. Frau Dederer hat es angesprochen. Es ist einfach so, dass wir Wohnungsinhaber mit zu großen Wohnungen dort andere Wohntypen anbieten können. Die Genossenschaft hat es sich beileibe nicht leicht gemacht. Es ist ein idealer Prozess. Ich kann nichts daran aussetzen.

Als CDU-Fraktion muss man natürlich schon sehr kritisch auf diese Stellplatzschüsselfrage schauen. Wir gehen das mit, weil wir einfach denken, man muss es einmal probieren und auch optimistisch in die Zukunft schauen. Aber jedenfalls ist das ein Projekt der Innenentwicklung. Wir haben vermerkt in mehreren Prozessen, auch im Planungsausschuss – das waren Vorgänger von Ihnen, die das erlebt haben -, dass diese Klimaproblematik hier sehr ausführlich diskutiert und zufriedenstellend, auch nach den Grundsätzen des räumlichen Leitbildes übrigens, abgearbeitet und erledigt wurden. Wir sagen auch, insofern ist der Grundkonsens jetzt mit meinem Vorredner da, dass die klimaoptimierte Nachverdichtung generell den Vorrang genießt vor einer Außenentwicklung.

Noch ein letztes Wort. Die Petition läuft und läuft und wird sich in irgendeiner Weise entscheiden. Das hat mit unserem heutigen Beschluss nichts zu tun.

Und zum Schluss: Wer in der letzten Sekunde versucht hat, mit irgendeiner Kitaplanungs-idee noch einmal einen Keil in die Sache zu bringen, so können wir miteinander nicht umgehen. Dieser ideale Prozess muss heute einen Punkt bekommen.

Stadtrat Zeh (SPD): Das Projekt hat uns schon mehrfach beschäftigt hier im Gemeinderat. Es ist ein Beispiel, wie schwierig Nachverdichtung tatsächlich ist, wenn die Anwohnerbetroffenheit groß ist und sie natürlich direkt sehen, wo sich etwas verändert, was sich bis jetzt bewährt hat.

Hier in diesem Komplex – es wurde schon erwähnt – gibt es sehr viele Handlungsbeteiligte. Der Denkmalschutz, der Gestaltungsbeirat, die Wohnungsbaugesellschaft und auch die Bürger, die hier wohnen. Wir hätten lieber höher gebaut, wir hatten auch einmal ein Höhenentwicklungskonzept. Hier wäre es sehr schön gewesen, wenn man hätte höher gehen können. Aber der Denkmalschutz war dagegen. Er sagte, innen muss niedriger gebaut werden als außen. Wir glauben auch, ähnlich wie Kollege Honné, dass die Hofbegrünung und die Dachbegrünung doch ein wichtiger Ausgleich sind. Wir gehen auch gerne den Stellplatzschlüssel mit, der hier nur 0,75 ist, halten es auch, da das Gebiet sehr gut an die Innenstadt angebunden ist, für möglich, dass es ausreicht. Auch gibt es Erfahrungen im Genossenschaftsbereich. Es gibt viele barrierefreie Wohnungen, betreutes Wohnen im Kopfbau, was eine gute Bereicherung für das ganze Quartier ist.

Es wird preiswerte Wohnungen geben. Das ist auch ein Grund, warum wir darauf drängen. Genossenschaften sind im preiswerten Segment vorhanden, auch ein guter Wohnungseigentümer, das wurde hier schon gesagt. Von daher halten wir es für sehr wichtig, dass diese Wohnungen schnellstmöglich gebaut werden und werden dem Satzungsbeschluss heute zustimmen.

Stadtrat Høyem (FDP): Vor der letzten Kommunalwahl hat die BNN Nachverdichtung zum Hauptthema für den Wahlkampf erklärt. Der Lokalredakteur hat ganz beleidigend gemeint, dass alle Stadträte, mit Ausnahme von Herrn Cramer, totale Ignoranten sind. Diese Meinung kann man selbstverständlich haben. Aber Nachverdichtung ist notwendig. Viele Kompromisse sind auch notwendig. Heute haben wir mit TOP 13 einen Punkt über die Bevölkerungsentwicklung in Karlsruhe. Dieses Projekt ist ein sehr gutes Beispiel. Es war sehr lange unterwegs. Wir finden, dass wir gute Kompromisse geschlossen haben. Wir unterstützen dieses Vorhaben und hoffen, dass viele zukünftige Einwohner dort ein gutes Zuhause finden können.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Herr Kollege Høyem, das scheint wirklich ein Trauma für Sie zu sein, was vor einem dreiviertel Jahr in der Zeitung stand. Immer wenn es zu dem Thema kommt, fangen Sie an, Dinge zu zitieren. Irgendwann müssten Sie doch damit umgehen können und nicht immer beleidigt durch die Gegend ziehen, wie Sie es seit dieser Zeit tun.

Aber darum geht es gar nicht. Es geht darum, wir haben hier – da spreche ich insbesondere die GRÜNEN an – vor kurzem den Klimanotstand mit Mehrheit beschlossen. Sie waren sicher am Freitag auch wieder stark auf der Straße bei Fridays for future. Aber wenn es konkret darum geht, etwas umzusetzen in der Tagespolitik, die natürlich nicht einfach ist, das ist klar, ziehen Sie das Genick ein. Da bin ich wirklich gespannt, wie das die nächsten Monate und Jahre hier im Hause sein wird. So wird es empfunden in der Bevölkerung, die unmittelbar betroffen ist. Gerade im östlichen Bereich wird sehr viel in der Parkstraße weggenommen. Sie nehmen ihnen die Lebensqualität, die sie seit Jahrzehnten dort haben. Sie nehmen das billigend in Kauf und kommen jetzt wieder mit grün angestrichenen Wänden

und grün angestrichenen Dächern, die irgendwie einen Ausgleich haben sollen. Sie verstehen nicht wirklich das Anliegen dort. Wenn Sie sagen, Herr Zeh oder auch Herr Honné, die Bürger sind miteinbezogen worden, die sind nicht miteinbezogen worden. Sie haben zwar zu Treffen eingeladen, wo wir alle dort waren, haben aber letztendlich sich nur beklagen können. Sie sind nicht miteinbezogen worden, dass sie einen Einfluss gehabt hätten auf diese Planung. Ich könnte mir vorstellen, wenn man wirklich einen runden Tisch gemacht hätte, eine wirkliche Bürgerbeteiligung mit Workshops usw., dann hätte man vielleicht auch einen Kompromiss gefunden, dass vielleicht in die Mitte hineingebaut worden wäre, dass man vorne diesen Abschluss am Fasanengarten zum Beispiel kleiner gemacht hätte. Vielleicht hätten da die Bewohner mitgemacht. So hat man ihnen im Grunde genommen das aufs Auge gedrückt. Wenn Sie jetzt so tun, hier war Bürgerbeteiligung, das war nicht der Fall.

Von daher werden wir heute auch diesen Satzungsbeschluss so nicht mitstimmen.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ich will gleich vorweg stellen, dass ich das Projekt in allen Punkten sehr gelungen finde. Sowohl, was die Frage des sozialen Wohnraums angeht, als auch die Barrierefreiheit, auch die Umsetzung. Ich meine, es ist nicht so, dass den Bürgern drum herum etwas weggenommen werden würde. Wenn man sich jetzt die Mitte anschaut, wo sogar ein neuer Quartiersplatz entsteht, ist das wirklich eine Bereicherung für die Anwohner. Denn ich finde, dort in dem Gebiet gibt es zwar große Gärten, aber es gibt nicht wirklich Aufenthaltsorte, wo die Leute gemeinsam zusammenkommen können. Das hat man hier. Ich finde es in seiner Gänze ein wundervolles Projekt. Deswegen finde ich es schade, dass es nicht erkannt wird. Deswegen habe ich diesen Antrag gestellt. Meine Hoffnung ist, dass man diesen Wert, den dieses Projekt hat und diese schönen Punkte, die da drin sind, weitergeben kann, und dass am Ende die Akzeptanz drin ist. Das finde ich schöner, als wenn es baulich umgesetzt wird und die Leute müssen sich damit abfinden. Da pochen zwei Herzen in meiner Brust. Auf der einen Seite die Begeisterung für das Projekt, und auf der anderen Seite dieser Wille, mitzunehmen und einzubinden.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir reden heute über einen Satzungsbeschluss, das heißt, was wir jetzt beschließen, wird dann auch gebaut. Deswegen muss jede Fraktion prüfen, ob sie diesen Beschluss mittragen kann. Wir haben das genau geprüft. Wir sind der Meinung, auch nach dem, was wir im Wahlkampf in der Oststadt gehört haben, dass wir diesem Satzungsbeschluss heute nicht zustimmen können. Wir werden dagegen stimmen.

Die Gründe stehen auch in der Vorlage. Sie sind aus unserer Sicht offensichtlich. Wir wundern uns etwas, dass das in den vorherigen Redebeiträgen einfach so zur Seite gewischt wurde. Es ist so, dass wir hier 75 Stellplätze in der Tiefgarage neu schaffen, dass aber 47 Stellplätze entfallen. Das heißt, nur sehr wenige Stellplätze kommen dazu. Aber wir haben 65 zusätzliche Wohneinheiten. Ich erinnere mich sehr gut an die Einladung vom Bürgerverein Oststadt, als aus der Versammlung heraus der Wunsch kam nach mehr Parkplätzen, und der Wunsch kam, dass bei neuen Projekten der Faktor für die Bestimmung der Parkplätze aus der Anzahl der Wohneinheiten größer als 1 sein sollte. Wir sind hier unterm Strich deutlich unter 1. Das ist eine wichtige Sache. Wir finden, dass die Tiefgarage deutlich unterdimensioniert ist. Wir finden, dass hier die Gelegenheit versäumt wurde, für mehr Parkraum zu sorgen. Das ist für uns ein gewichtiger Grund.

Ein anderer gewichtiger Grund ist die Sache mit der Durchlüftung. Sie haben es dargestellt. Es ist noch rechts und links neben dem Gebäude, das jetzt im Norden kommt, eine kleine Schneise vorhanden. Aber, wir haben hier eine ansonsten geschlossene Randbebauung. Deswegen ist es aus unserer Sicht sehr wichtig gewesen, dass der Bereich im Norden vollständig offen bleibt, damit tatsächlich der Luftaustausch kommen kann. Wir wissen, dass es gerade in den letzten Jahren in den heißen Sommern Probleme gab in der Stadt, einfach dadurch, dass es zu wenig Luftzirkulation gab. Am Stadtrand kommt die kühle Luft von außen, bringt eine gewisse Kühlung mit sich, aber diese Luftströme gehen nicht bis in die Stadt hinein. Die Blockrandbebauung hilft da wenig. Jetzt machen wir genau das Falsche. Wir schließen diese Blockrandbebauung bis auf zwei kleine Schneisen rechts und links. Das ist für uns auch ein gewichtiger Grund, diesen Beschluss heute abzulehnen.

Außerdem sind wir auch der Meinung, dass die Bürger sich nicht richtig mitgenommen fühlen. An der Stelle sind wir der Meinung, dass das Verfahren, das wir gewählt haben, weil es dem Gesetz entspricht, eigentlich zu wenig Transparenz, zu wenig Mitbestimmung für die Bürger beinhaltet. Deswegen ist es für uns ein weiterer grundsätzlicher Punkt, weshalb wir diesen Beschluss heute ablehnen.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Es gibt den Spruch „Ein bisschen schwanger gibt es nicht“. Das ist genauso bei diesem Projekt. Leider kann man bei diesem Projekt nicht zum Teil dagegen stimmen. Man kann es nur ganz oder gar nicht. Das Projekt – das haben wir gehört – hat einige Vorzüge. Es hat aber auch leider einige Nachteile. Wir haben uns in unserer Fraktion Freie Wähler und FÜR Karlsruhe sehr lange überlegt, wie handhaben wir es heute.

Der große Nachteil, der uns Sorgen macht, ist der Riegel. Den hatte ich auch schon im Planungsausschuss immer wieder bemängelt. Der Riegel ist an dieser Stelle, die früher einmal ein Garten war und das Mikroklima vor Ort geregelt hat, die Schranke, die das Mikroklima beeinträchtigt. Das Mikroklima in der Oststadt – das wissen wir seit 2014 – ist dort besonders brisant. Wir hatten den Fall bei der Bernharduskirche. Deshalb sollte man auch die letzten Grünflächen, auch Innenflächen, behutsam angehen. Grüne Fassaden sind ein Teil, der Vorschlag ist interessant. Aber wir halten die Bebauung zu dicht. Der Vorschlag, es höher zu bauen, wie Kollegen auch sagten, wäre uns an dieser Stelle auch lieber gewesen, und das Entzerren.

Nachverdichtung ist wahrlich ein Problem in einer Stadt. Wir werden, wie die Prognosen zeigen, wachsen. Wir werden auch Wohnraum schaffen. Wie gehen wir damit um? Die Entscheidung, die wir treffen, ist, dieses Projekt, diesen Satzungsbeschluss abzulehnen. Wir können ihn nicht auseinanderreißen. Das ist leider nicht möglich. Wir verstehen auch den Prozess, der jetzt lange dauert, und auch den Wunsch nach bezahlbarem und billigem Wohnraum. Doch wie ich anfangs sagte, es gibt nicht ein bisschen schwanger. Deshalb müssen wir dieses Projekt im Namen der Nachverdichtung, im Namen auch der laufenden Petition, da hätte ich mir persönlich eine Verschiebung gewünscht, zurückstellen. Deshalb ist die Entscheidung innerhalb der heutigen Satzung, dass wir Freien Wähler/FÜR Karlsruhe uns heute gegen diesen Satzungsbeschluss entscheiden.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Ich habe mich sehr gefreut über die positive Beschreibung des Projekts, auch durch die Stadträtin Göttel. Das war wunderbar, wie Sie dargestellt haben, was das für ein tolles Projekt ist. Es ist aber leider so, dass die Hardtwaldsiedlung un-

ter einem erheblichen Zeitdruck leidet und sehr große Verluste erleidet, wenn sie jetzt nicht beginnen darf. Da sie gerade im sozialen Bereich und auch auf die ökologische Ausgestaltung hohen Wert legt, ist wichtig, dass wir einem solchen Projekt, das Ökologie und Soziales miteinander verbindet, heute positiv gegenüberstehen. Es gibt wenige Wohnbaugenossenschaften, die so positiv Soziales und Ökologie miteinander verbinden. Deshalb halten wir GRÜNE es für ein gelungenes Projekt und werden ihm zustimmen.

Aber ich habe mich noch aus einem anderen Grund gemeldet. Diejenigen, wie Stadtrat Cramer, die heute so vehement dagegen argumentieren, die sich gegen jedes auch noch so behutsames Nachverdichtungsprojekt aussprechen, sagen nicht, wie wir die große Wohnungsnot in unserer Stadt lösen können. Wir haben eine gigantische Wohnungsnot. Auch diese Menschen müssen wir versorgen mit Wohnraum. Wir dürfen Ökologie und Soziales nicht gegeneinander ausspielen. Wenn Sie so weitermachen, wenn wir diesen Satzungsbeschluss und andere ablehnen, dann bedeutet das, dass der Druck auf den Außenbereich zunehmen wird. Karlsruhe hat sich in einer gigantischen Art und Weise in die Fläche ausgebreitet. Wir haben Naturschutzgebiete – Gott sei Dank. Wir haben Wald. Aber das müssen wir erhalten. Wir brauchen das für den Klimaschutz. Wir brauchen das für die Biodiversität. Wir können nicht mehr in den Außenbereich gehen. Deshalb müssen wir schauen, wo wir im Innenbereich behutsam verdichten können. Hier ist es ein gelungenes Projekt. Deshalb sind wir GRÜNEN dafür. Wir lassen uns nicht an den Pranger stellen, sondern wir nehmen unsere Verantwortung sowohl für Ökologie als auch für Soziales in diesem Gemeinderat wahr.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Frau Kollegin Rastätter, wenn Sie sagen, ich oder die Karlsruher Liste, sei gegen jegliche Nachverdichtung, dann wissen Sie doch ganz genau, dass das so überhaupt nicht stimmt. Sie beschäftigen sich offensichtlich nicht wirklich mit den Aussagen. Wir sagen, nicht schon versiegelte Flächen wollen wir in Blockinnenrandbebauungen nicht. Das ist hier der Fall. Da werden wir konsequent sein. Wir sind aber nicht dagegen, dass versiegelte Fläche, wie zum Beispiel im vorderen Bereich des Sophienarrées, in Richtung Norden, wo im Moment ein Autohaus seine Gebäude hat, bebaut wird. Da müssen Sie schon noch einmal genau hinhören und genau zuhören, was wir politisch sagen. Das werden Sie in Zukunft immer wieder hören. Wir sind nur dafür, versiegelte Fläche zu überbauen in den Blockinnenrandbebauungen. Wir sind absolut dagegen, dass Fläche, so wie hier, die offen ist, wo Bäume stehen, wo Tiere leben usw., weggehauen und bebaut wird. Das ist der Punkt. Dann wäre es mir Recht, dass Sie das in Zukunft bei Behauptungen in meine Richtung berücksichtigen.

Stadträtin Fenrich (AfD): Mein Vorredner, Herr Dr. Schmidt, hat schon den Parkplatzschlüssel von 0,75 angesprochen. Was ich finde, was noch erwähnt werden muss: Es heißt immer, da wohnen ältere Leute. Da braucht man wahrscheinlich gar nicht so viele Parkplätze. Wieso denn nicht? Die älteren Leute bekommen Besuch, es kommt ein Arzt, ein Therapeut oder wer auch immer. Oder sie fahren tatsächlich, auch wenn sie älter sind, mal mit dem Auto weg. Das wollte ich noch ergänzen. Ich bin der Meinung, dass es wirklich zu wenige Parkplätze gibt. Von daher schließe ich mich natürlich Herrn Dr. Schmidt an.

Der Vorsitzende: Ich möchte noch auf einen Punkt hinweisen und möchte mich auch ausdrücklich bei der Hardtwaldsiedlung bedanken, ganz unabhängig, wie die Abstimmung jetzt ausgeht. Wir haben hier wirklich verantwortungsvolle Genossenschaften. Wenn immer das hohe Lied der Baugemeinschaften gesungen ist, was berechtigt ist, dann sind Ge-

nossenschaften eigentlich die traditionellste und auch erfolgreichste Baugemeinschaft, die man sich vorstellen kann, weil sie nämlich entgegen anderer Baugemeinschaften eine Größe und damit auch Bedingungen haben, die es auch normal verdienenden Menschen und auch Menschen mit niedrigem Einkommen grundsätzlich ermöglicht, Mitglied dieser Genossenschaft zu werden. Wir haben aber gleichzeitig die Situation, dass wir große Quartiere haben, die historisch denkmalschutzbedeutsam sind, auch für das Stadtbild, und dass die Baugenossenschaften oft große Probleme haben, dann noch für ihren veränderten Bedarf, den sie in ihrer Mitgliedschaft haben, überhaupt etwas Akzeptables auf ihrem Gelände zur Verfügung zu stellen. Denn auch die Genossenschaftsmitglieder werden älter. Es gibt mehr Einpersonenhaushalte. Da ist oft dann das, was man eigentlich einmal vor 100 Jahren oder noch älter gebaut hat, nicht mehr passend. Ich finde, dass dieser Verantwortung die Hardtwaldsiedlung nachkommt, um auch innerhalb ihrer Mitgliedschaft den vielen jungen Mitgliedern etwas anbieten zu können, was im Moment von älteren Mitgliedern in der Form gar nicht mehr gebraucht wird. Aber es ist nicht möglich, den älteren Mitgliedern etwas Barrierefreies anzubieten. Schauen Sie sich doch einmal die Häuser in der Gartenstadt oder anderswo an.

Es geht gar nicht so sehr um den Zuzug von Außen. Es geht an der Stelle aus meiner Sicht auch darum, dass zum Beispiel Studierende, deren Eltern schon Genossenschaftsmitglieder waren, und die vielleicht in die Stadt zurückkommen oder auch hier studiert haben, auch im Rahmen der Genossenschaft, wo sie mitunter schon ab Geburt Mitglied sind – das ist in diesen Familien oft so -, auch eine Chance haben, aus dieser Mitgliedschaft am Ende ein Wohnangebot zu bekommen. Auch dieser Weiterentwicklung des Genossenschaftswesens macht es erforderlich, dass wir uns damit verantwortlich auseinandersetzen, wo auf Gelände dieser Genossenschaften wäre denn eine Komplettierung des Wohnangebots möglich. Das ist hier in einer sehr verantwortlichen Weise mit der Bevölkerung und auch mit uns entwickelt worden. Sie müssen immer bedenken, die Genossenschaften haben auch wiederum eine Mitgliederstruktur, die wesentliche Entscheidungen mittrifft. Es ist nicht so, dass hier ein Geschäftsführer für sich alleine etwas entscheidet, sondern es wird über eine Mitgliederversammlung, es wird über Mitgliederbeiräte mitorganisiert. Sie haben auch innerhalb der Genossenschaft einen demokratischen Prozess, der am Ende zu diesem Projekt führt. Auch das gehört noch einmal zu der Gesamtsituation.

Damit kommen wir in die Beschlussfassung. – Vielen Dank, das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
5. November 2019